

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Karl-Josef Laumann,
Dagmar Wöhrle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/5025 –**

**Wachstum in Deutschland und Europa stärken – Neue Strategien für Lissabon-
Ziele entwickeln**

A. Problem

Der von der Europäischen Kommission überarbeitete Entwurf der Lissabon-Strategie hat das Ziel, Wachstum und Arbeitsplätze in das Zentrum einer neu orientierten Lissabon-Strategie zu stellen. Zur Erreichung dieses Ziels soll sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine Überarbeitung und eine schlankere Gestaltung der Lissabon-Strategie einsetzen. Auf nationaler Ebene soll eine auf das Lissabonziel ausgerichtete Strategie vorgelegt werden, die einer beschäftigungswirksamen Wachstumsförderung eindeutige Priorität einräumt und über bisherige Reformvorhaben hinausgeht.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/
CSU und FDP**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/5025 – abzulehnen.

Berlin, den 1. Juni 2005

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend
Vorsitzender

Gudrun Kopp
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Gudrun Kopp

I. Überweisung und Voten der mitberatenden Ausschüsse

1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/5025 wurde in der 167. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. März 2005 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

2. Votum der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 1. Juni 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag in seiner 72. Sitzung am 20. April 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 13. April 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** hat den Antrag in seiner 105. Sitzung am 1. Juni 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 1. Juni 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 1. Juni 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** (74. Sitzung am 1. Juni 2005) hat den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/5025 fordert die Fraktion der CDU/CSU die Bundesregierung auf, die von der neuen Europäischen Kommission überarbeitete Lissabon-Strategie mit den Kernzielen Wachstum und Arbeitsplätze umzusetzen. Hierzu müsse sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine Überarbeitung der Lissabon-Strategie auf der Basis der Vorschläge der Europäischen Kommission vom 2. Februar 2005 einsetzen. Die Bundesregierung müsse auch dafür eintreten, dass die Europäische Union an dem Ziel, den Anteil von Forschung und Entwicklung am BIP der Europäischen Union auf drei Prozent bis 2010 zu steigern, festhalte und sowohl auf europäischer Ebene als auch auf nationaler Ebene Wachstum und Arbeitsplätze in das Zentrum der Lissabon-Strategie stellen. Durch eine Überprüfung der europäischen Gesetze und Richtlinienentwürfe solle jedem Vorhaben entgegengetreten werden, das sich gegen die Wettbewerbsfähigkeit und damit das Wachstum Europas richte. In den Kernbereichen Wirtschaft und Soziales müsse die Bundesregierung ihrer nationalen Verantwortung nachkommen und auf deutscher Ebene eine auf das Lissabon-Ziel ausgerichtete nationale Strategie vorlegen, die der beschäftigungswirksamen Wachstumsförderung eindeutig Priorität einräume und über bisherige Reformvorhaben hinausgehe. Dabei sei der Produktionsfaktor Arbeit durch eine Senkung von Kostennachteilen, insbesondere durch eine Reform der Sozialsysteme zu entlasten. Mit dem Ziel der Vereinfachung und der Senkung von Steuersätzen müsse das Steuersystem reformiert werden und in diesem Rahmen die Gewerbesteuer in die Einkommen- und Körperschaftsteuer integriert werden. Unter Einhaltung bestehender Kompetenzen sei ein verlässlicher Finanzrahmen für Forschung und Hochschulen zu schaffen. Ebenso müsse eine Überreglementierung wichtiger Wachstumsbranchen vermieden werden. Unter Berücksichtigung aller effizienten Energieträger sei Energie preiswert nutzbar zu machen. Für einen grenzübergreifenden Wettbewerb im Energiebereich seien die Netzwerkvoraussetzungen herzustellen. Die Effizienz und Preisstruktur des Personen- und Güterverkehrs müsse durch mehr Wettbewerb im Schienenverkehr verbessert werden. Auch seien Strukturengpässe im Hinblick auf Industrie und Mittelstand zu beseitigen. Überregulierung und Bürokratie müssten abgebaut werden. Schließlich müsse der Bundeshaushalt zur Erreichung der Lissabon-Zielvorgabe so umgestaltet werden, dass drei Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden können.

III. Beratung und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Im Ergebnis der Beratungen hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/5025 zu empfehlen.

Berlin, den 1. Juni 2005

Gudrun Kopp
Berichterstatlerin